

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigepaltene Peltzeile oder deren Raum berechnet

Um ein neues Deutschland und den Frieden!

Deutschland hat in den letzten Wochen eine politische Krise von noch nie dagewesener Bedeutung durchlebt. Der Burgfrieden, der Ausdruck des Krieges zur Stärkung der deutschen Macht erzielte, ging zu Ende. Sein Vater, des Reiches Kanzler von Bethmann-Hollweg, ist vom Reichstagskanzleramt zurückgetreten. Eine Reihe preussischer Minister und Reichsbeamte werden ebenfalls ihre Posten verlassen müssen, darunter jene, die einer demokratischen Erneuerung Preußens und Deutschlands als größtes Hindernis im Wege standen. Der Kaiser, der durch seine Osterbotschaft die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen und eine demokratische Neuordnung im Reich angeündigt hatte, hat durch einen neuen Erlass bestimmt, daß in dem vorzulegenden Wahlrechtsgeheimrat auch das gleiche Wahlrecht vorzuziehen sei. Diesem Erlass waren zwei Sitzungen des Kronrats vorausgegangen, an denen auf Wunsch des Kaisers auch der Kronprinz von Preußen und dem Deutschen Reich teilnahmen. Begründet wurde dies damit, daß es sich bei den zu treffenden Entscheidungen um Reichsangelegenheiten handle, deren Folgen über die Regierungszeit des jetzigen Kaisers und Königs weit hinausreichen. Der Kronprinz selbst hat mit Vertretern aller großen Parteien Besprechungen gehabt, darunter auch mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Dabild. Es wurde davon gesprochen, daß die Wählsache eine Koalitionsregierung zu bilden, in die Abgeordnete aller bedeutenden Parteien eintreten sollten.

Ob letzteres der Fall ist, läßt sich zurzeit, wo wir dies schreiben, noch nicht übersehen. Ein Zweifel liegt nur fest, daß an Stelle des stehenden Kanzlers der Unterstaatssekretär im preussischen Finanzministerium und Staatskommissar für die Ernährungsfragen in Preußen, Dr. Michalewicz, also ein Bürgerlicher, das Kanzleramt des Deutschen Reiches antritt. Welches inner- und außenpolitische Programm Dr. Michalewicz als Kanzler mitbringt, ist der Öffentlichkeit noch nicht bekannt. Man darf aber annehmen, daß er die Kanzlerschaft nicht antreten würde, wenn er sich mit diesem Programm im Widerspruch zu der großen Mehrheit des deutschen Reichstages und des deutschen Volkes befände. Es ist auch anzunehmen, daß sich der Kaiser und König von Preußen wenige Tage nach seiner Willensänderung über die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen und wenige Monate nach seiner Ausrufung für die allgemeine Neuordnung im Reich als Reichskanzler und preussischer Ministerpräsidenten einen Mann erwählt haben wird, dem er die Kraft und den Willen zur Durchführung der von ihm als notwendig erkannten Reformen zutraut. Somit wäre zu hoffen, daß wenigstens ein großer Teil dessen, was die politisch aufgeklärte Arbeitererschaft Deutschlands seit Jahrzehnten erstrebt und um das sie zum Teil erbittert gerungen hat, nunmehr seiner Erfüllung entgegensteht. Damit würde zugleich die innerdeutsche Politik aus jener Engschloß beschränkt, in die sie vor Ausbruch des Krieges geraten war und aus der es keinen natürlichen Ausweg zu geben schien. Dem deutschen Volk wäre dann eine ruhige, innerdeutsche Entwicklung gesichert.

Dieser Umkehrung in der innerdeutschen Politik ist nicht zuletzt aus der Stellungnahme zu erklären, die die deutsche Sozialdemokratie zum Kriege einnahm. Jahrzehntelang hatte sie gegen den Staat, der die Arbeiter politisch entrechtete und ihre Anhänger mit Ausnahmengesetzen drangsalierter, in schärfster Opposition gestanden. Als der Krieg ausbrach, erklärte sie trotzdem, sie lasse in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich, sondern werde es verteidigen, bis die Gegner Deutschlands zum Frieden genötigt seien. Damals fiel es den Gegnern der Sozialdemokratie wie Schuppen von den Augen. Man hatte geglaubt, die Sozialdemokratie würde sich bei einem Kriege abseits stellen und dem eigenen Lande in seinem Exil-

kampf Schwierigkeiten machen. Und nun erlebte man, daß die Sozialdemokratie die wichtigste Stütze unserer Verteidigung war, eine Stütze, ohne die der Krieg überhaupt nicht mit Aussicht auf Erfolg geführt werden konnte, ohne die Deutschland unrettbar verloren gewesen wäre. Damals setzte sich in allen nicht von politischer Rücksicht beherzschten Kreisen die Überzeugung fest, daß man der Arbeitererschaft all die Jahre hindurch Unrecht getan habe und daß man dieses Unrecht — auch mit Rücksicht auf das Wohl des Reiches — nach dem Kriege nicht wiederholen dürfe.

Seit jener Zeit wurde von den Besten unseres Volkes ohne Rücksicht auf ihre sonstigen politischen Anschauungen eine Neuordnung unserer innerpolitischen Verhältnisse gefordert. Der Kaiser selbst zog zwischen der Vergangenheit und der Zukunft einen deutlich sichtbaren Strich durch das Wort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“. Der Reichskanzler sprach später von dem Unrat, Unst und Moder, die aus dem Hause des deutschen Volkes hinausgesetzt werden müßten. Er und der Kaiser kündigten bald eine Neuordnung unserer innerpolitischen Verhältnisse an. Und noch im Jahre 1915 erschien jenes vom Vizekanzler des preussischen Herrenhauses, Dr. Friedrich Timme, und vom Vorsitzenden der Generalkommission unserer Gewerkschaften herausgegebene Buch, in dem zwanzig Männer der verschiedensten Parteirichtungen für die politische Neuordnung des Reiches und die volle Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in Reich, Staat und Gemeinde eintreten und in dem sie den Weg vorklarieren, der jetzt anscheinend zum Wohle unseres Volkes beschritten wird.

Freilich läßt sich durch die Haltung der Sozialdemokratie zum Kriege, die „Politik vom 4. August“, nur erklären, daß die Neuordnung des Reiches nach dem Kriege in Aussicht genommen wurde. Daran, daß sie nun schon während des Krieges in Angriff genommen wird, haben noch verschiedene andere Umstände mitgewirkt. Hier steht nicht in letzter Linie das Friedensbedürfnis des deutschen Volkes und die Hoffnung eines großen Teiles seiner Vertreter, daß ein demokratisches Deutschland den Frieden eher erreichen könne als ein absolutistisch oder halbabsolutistisch regiertes. Dieser Gedanke ist, besonders nach dem Siege der russischen Revolution, auch nicht von der Hand zu weisen, wenn man auch natürlich die Behauptung der Gegner Deutschlands, daß sie den Krieg nebenbei auch „zur Befreiung des deutschen Volkes“ führten, nicht ernst zu nehmen braucht. Schließlich hat auch das gesunde Misstrauen, das ein großer Teil des deutschen Volkes, wenn auch nicht in Kaufmanns, so doch in der kaiserlichen Kraft zu ihrer Durchführung setzt, zu dem Drängen nach sofortiger Inangriffnahme der Neuordnung beigetragen. Man kennt ja die Widerstandskraft der Konserverfabriken und erinnert sich heute noch mit lebhaftem Bedauern, daß der Kaiser auch bei andern Gelegenheiten, zum Beispiel bei dem geplanten Bau des Mittelkanals, seinen Willen gegen den Willen der preussischen Konserverfabriken nicht durchzusetzen vermochte. Da ist es nur natürlich, daß man die jetzige günstige Gelegenheit ergreift und auf eine rasche Durchführung der nötigen innerdeutschen Reformen drängt.

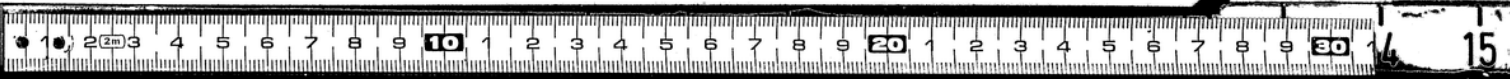
Daß das heute neben den Sozialdemokraten auch mehrere große bürgerliche Parteien tun, ist mit darauf zurückzuführen, daß auch diese Parteien möglichst rasch aus dem Elend unseres Verfassungselends herauszuwollen. Jetzt, nachdem sie gesehen haben, daß die Sozialdemokratie zwar eine rücksichtslose Vertreterin der arbeitenden Klassen, aber doch nicht die nationale Gefahr ist, für die man sie früher gehalten hat, trauen sie sich auch den Kampf um die politische Macht und um die Verantwortung im Staat zu führen, die sie früher, aus Angst vor der Sozialdemokratie, freiwillig dem parlamentarisch verbrämten Absolutismus überlassen haben. Auch insofern hat das Verhalten der Sozialdemokratie zum Kriege Härend gewirkt.

Die auf die Neuordnung des Reiches hingeliefenden Vorgänge sind aber nicht die alleinige Ursache der politischen

Krise und des Abganges des Kanzlers gewesen. Vielmehr haben gewisse außenpolitische Fragen, insbesondere die Frage der Kriegsziele und des Friedensschlusses bei dieser Krise mitgewirkt. Wollte Klarheit über die Vorgänge, die sich wegen dieser Dinge im Haushaltungsausschuß des Reichstages sowie bei den Besprechungen zwischen dem Kanzler und den Parteiführern, dem Kanzler und dem Kaiser, dem Kaiser und den obersten Generalführern usw. abgespielt haben, ist heute noch nicht zu erlangen. Was aber ist zu erkennen, daß endlich einmal die Frage zur Entscheidung stand, ob das Deutsche Reich auch heute noch, wie am 4. August 1914, nur einen Verteilungskrieg führt und bereit ist, einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigung zu schließen, wie dies von der sozialdemokratischen Partei seit langem, und wie dies auch vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat gefordert wird.

Wie beglücklich der inneren Neuordnung, so stehen auch in der Friedensfrage die Konservativen den Wünschen der Sozialdemokraten triftig entgegen. Auch die National- und ohne Entschädigungen nicht entziehen. Dagegen haben sich das Zentrum, die Fortschrittspartei, die Elsaß-Lotharinger, ein Teil der Deutschen Fraktion und einige Mitglieder anderer Fraktionen mit den Sozialdemokraten über eine gemeinsame Erklärung zur Friedensfrage geeinigt, in der ausgesprochen wird, daß das deutsche Volk auch heute noch, wie am Anfang des Krieges nur die Unversiehlbarkeit des Reiches verteidigt, daß es einen Frieden der Verbündigung und der dauernden Verjüngung der Völker will, und gleichfalls Gebietsverweiterungen sowie die politische, wirtschaftliche oder finanzielle Verengung anderer Völker ablehnt. Die Erklärung wendet sich ferner gegen die wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege. Sie spricht sich für die Freiheit der Meere, den Wirtschaftsfrieden und das freundschaftliche Zusammenleben der Völker aus. Gleichzeitig erklärt sie, der Reichstag werde die Schaffung internationaler Redaktionsorganisationen tatkräftig fördern. Zum Schluß wird die Erklärung abgegeben, das deutsche Volk werde, solange die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, fordern Deutschland und seine Verbündeten mit Überlegenheit und Vergeltung bedrohen, zusammenzusehen wie ein Mann, es werde unerschütterlich ausdauern und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert sei.

Wir hoffen, daß dieses Programm auch das Programm der neuen Regierung ist. Wie es heißt, wäre auch der zurückgetretene Reichskanzler, v. Bethmann Hollweg, bereit gewesen, sich auf den Boden dieses Programms zu stellen. Deshalb wäre also sein Rücktritt nicht notwendig gewesen. Er hatte sich aber bei den innerdeutschen, den Konservativen und einem Teil der Nationalliberalen durch seine auf die innerdeutsche Neuordnung zielende Politik so verfehrt gemacht, daß man auf jener Seite schon lange eifrig an seinem Sturz arbeitete. Sozialdemokraten und Fortschrittler hingegen hatten darüber zu klagen, daß er die von ihm selbst als notwendig erkannten innerdeutschen Reformen nur zögernd in Angriff nahm, und daß er auch in der Friedensfrage noch bis kurz vor seinem Rücktritt einen zweideutigen Standpunkt einnahm. Nach Lage der Verhältnisse war das zu verstehen. Er kannte die Uneinigkeit der Parteien und wußte die Widerstände zu schätzen, die einer Neuordnung Preußens und des Reiches entgegenstanden. Als Vater des Burgfriedens wollte er es so lange als möglich allen recht machen und es mit niemand verderben. Das war aber unmöglich. Er hat es auf die Dauer niemand recht gemacht und es mit allen verderben. Das deutsche Volk soll ihm das Schicksal, das er nicht verhindern konnte, nicht zur Last legen, und das Gute, das er getan hat, nicht vergessen. Von seinem Nachfolger aber hoffen wir, daß er das von Bethmann Hollweg angefangene Werk der innerdeutschen Neuordnung tatkräftig fortführen wird.



München. Wir stellen feinerseit in Aussicht, zu beschließen, wenn die Fernzulage auf der Baustelle Bayerische Geschützwerke, Firma Strupp, in Freimann, geregelt ist. Es dauerte lange, bis wir unser Verlangen einbringen konnten. Nicht, daß es an der Zweigvereinseinstellung oder am Willen zur Mithilfe bei den rühmlichen Kollegen auf der Baustelle fehlte, es fehlte vielmehr am nötigen Entgegenkommen der auf der Baustelle beschäftigten Firmen und des Arbeitgeberverbandes. Unermüdlich waren die Bezirks- und Zweigvereinseinstellung dahinter, um die Fernzulage für diese Baustelle zu regeln. Die Baustelle selbst liegt weit außerhalb des Baugebietes Münchens; die Bahnhöfeinfahrten waren bis zur Verlängerung des Straßenbahnnetzes die denkbar ungünstigsten. Die Kollegen mußten von allen Seiten oft hunderte Wege vom Wohnort bis zur Baustelle zurücklegen, so daß die Fernzulage von 75 ϕ , wie sie der Münchner Tarif vorsieht, vollständig unzureichend war. Bei früheren Unterhandlungen bezogen die Kollegen mit Rücksicht auf die oben angeführten Verhältnisse Zulagen von 2 und 3 ϕ . Die Unterhandlungen scheiterten immer an der Frage, was die Kosten waren. Die Arbeitgeber verlangten, daß die Firma Strupp, wie die Firma Strupp erklärte, nicht, die Unternehmer müßten es tun. Für die Arbeiter auf der Baustelle ist dies ja gleichgültig, für sie kam nur in Frage die Erhöhung der Fernzulage. Es wurde vereinbart, daß die Zulage 1,30 für alle Arbeiter, die nicht in Freimann wohnen, betragen soll. Außerdem heißt auf dieser Baustelle die Vergütung, daß das Mittellosen markieren berechtigt sind. Der unten stehende Arbeiter auf der Baustelle hat meistens keine Ahnung davon, welche Schwierigkeiten und die Erregung dieser Frage gemacht hat. Ueberhaupt ist die Tätigkeit eines Arbeiters unserer Organisation während des Krieges eine ganz andere geworden als früher. Er muß nicht allein für die Einholung des Tarifvertrages und des Bauarbeiter-Vertrages sorgen, der ja leider während des Krieges nicht die Bedeutung findet wie vorher; er hat nicht nur Diffenzen der verschiedensten Art zu schlichten, Mitglieder zu werben und zu erziehen, sondern er hat auch die Aufgabe bekommen, den Kollegen auf den Baustellen mehr Bewegungsmittel zu verschaffen. Dazu sind gewisse Gänge, sind mühselige und schriftliche Verhandlungen mit den Behörden notwendig. Es sind dabei die Kollegen auf den Kriegsbauwerken den Kollegen auf Friedensbauten gegenüber im Vorteil. Die letzteren sind oft auf Grund der Bauarbeiten mehr zahlreich. Jedoch unzulänglich ist auch die Zuteilung der Lebensmittel auf den Kriegsbauwerken. — Eigentlich sollte es jeder Bauarbeiter als selbstverständlich ansehn, daß er dem Verband angehören muß, dessen Vertreter es sich zur Aufgabe machen, für ihn zu sorgen und zu schaffen, die nicht nur seinen Lohn regeln und auf seinen Bauarbeiten und im Leben können, sondern ihm auch die Ernährung erleichtern. Zweimal haben die deutschen Bauarbeiter während des Krieges mit Hilfe des Verbandes ihren unzureichenden Lohn erhöhen können. In unserem Zweigverein erhält der Hilfsarbeiter einen Stundenlohn von mindestens 85 ϕ , der Maurer und Spezialarbeiter einen höheren. Für den Unterorganisierten kommen die gleichen Vergünstigungen in Betracht wie für den Kollegen, der ja selbst seine Pflicht erfüllt. Deshalb muß es Aufgabe aller Kollegen auf den Bauwerken sein, den unermüdeten bei jeder Gelegenheit vor Augen zu führen, daß auch sie nur ihren Pflicht erfüllen, wenn der Verband beitreten. Nur wenn der Verband angeht, ist ein Gegenstand und kann verlangen, daß ein richtig denkender Arbeiter vor ihm Achtung hat. Ist doch das Opfer, 90 ϕ bis 1,10 in der Woche, für den Verband so klein im Vergleich zu dem, was der Verband für alle Bauarbeiter schon erlangen hat. Die Kollegen auf den Kriegsbauwerken, die unsere Arbeitsschritte im Felde zur Erhaltung unserer Heimat bringen müssen. 53 ϕ bekommt unser Kamerad den Tag im Felde, legt aber dafür fünfmal seine Gesundheit und leider nur zu oft auch sein Leben ein. Er hat nicht ein schmerzhaftes über seinem Haupt, (sieh nicht seine Arme, das Kreuz auf dem Rücken, er weiß überhaupt nicht, ob er sie jemals wiedersehen wird. Wie gern würde er in der Heimat schaffen und wirken und darf nicht. Bei einem solchen Vergleich muß die Pflichterfüllung der Arbeiter in der Heimat ihrem Verband gegenüber zur Freude werden. Denn sie verdienen das Behn- und Zwangslosigkeits im Tag, sind glücklich und zufrieden durch

ihren Weiltit das Ansehen und die Macht unserer Organisation. — Unser Zweigverein hat auch zumachen an Arbeitsschritten aus Belgien erhalten. Bis Anfang Juli waren es an die 150 Mann, und wie wir hören, sollten noch mehr folgen. Es herrscht in München auf den Bauwerken Mangel an ungelerneten Arbeitsschritten, so daß die Münchner Kollegen dadurch in der Vorbereitung ihrer Arbeitsschritte nicht benachteiligt sind. Die meisten der Belgier sind der deutschen Sprache nicht mächtig, so daß zur Verständigung bei der Arbeit aus ihren Reihen Dolmetscher notwendig sind. Sämtliche Belgier sind auf der Baustelle Kappwerke in Hilfsbereitschaft beschäftigt. Unser Zweigverein macht es sich zur Aufgabe, getreu dem alten Kampfruf: „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!“ auch diese Arbeitsschritte dem Verbande zuzuführen. Eine Abordnung der Kollegen wurde auf unser Verlangen geschickt, wo sie mit den Einrichtungen unserer Organisation vertraut gemacht wurden. Die Aufgaben unserer Organisation werden ihnen in einer Besprechung durch einen Genossen in ihrer Sprache beigelegt. Ferner wollen wir an den Verbandsvorstand mit dem Ersuchen um Zuweisung eines Werbeblattes in ihrer Heimatsprovinz herantreten. Wir hoffen, sie auf diese Weise für den Verband zu gewinnen. Bemerk sei noch, daß auch für die Gruppen der Statistiker und Pflegeteiler in letzter Zeit eine Erhöhung der zweiten Kriegszulage vor dem hiesigen Gewerbegericht als Einigungsmaßnahme gultig ist. An den Kollegen auf der Baustelle liegt es nun, bei jeder Gelegenheit unermüdet die Werbetrömmel zu rühren und das Recht und die Pflicht, angelegentlich solcher Erfolge, wie in der letzten Zeit, zu verlangen, daß jeder Arbeiter sich unsern Weilen anschließt. „Denn feiner darf fehlen von allen, wenn nicht das Ganze voll ist!“ J. A. S. Wagner, geregelt Soldat.

Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsnachweis unseres Zweigvereins in Bonn am Rhein sucht Maurer, Putzer, Zementarbeiter, Eisenarbeiter, Schlosser und Erdbauer in großer Zahl für die Kriegsbauten in Troisdorf bei Bonn. Die Arbeit ist von längerer Dauer. Arbeitsjünglinge wollen sich auf unserm Zweigvereinsbureau in Bonn, Sandkaule Nr. 13 (Telephon 2580) melden. Der Arbeitschein ist mitzubringen. Auskunft über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse kann aus bestimmten Gründen nur schriftlich erteilt werden.

Auch private Bauherren müssen die Feuerungszulage zahlen.

Der Fabrikbesitzer Panikowski in Gießhübel führt in eigener Regie einen Fabrikneubau auf. Als der Bau ziemlich fertiggestellt war, erhielt Panikowski Aufträge von der Gewerbeverwaltung, seine Fabrik wurde somit ein kriegswirtschaftlicher Betrieb. Nachdem für das Baugeschäft die Feuerungszulage bereits bezahlt war, wurde Panikowski vom Zweigvereinsvorstand mitgeteilt, daß auch er die Feuerungszulage von 15 ϕ die Stunde vom 27. April an zahlen habe. Er zahlte jedoch nicht, mit dem Bemerkten, daß er zahlen brauche, weil er nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes für das Baugeschäft sei. Nichtsdestoweniger bezahlte er die Bauarbeiter, indem er ihnen sagte, er wolle gegen zahlen, wenn er den Mehrbetrag zurückgestellt erhalte, worüber er sich zunächst Gewißheit verschaffen wolle. Sie sollten nur ruhig weiterarbeiten. Eines Tages nahmen die Bauarbeiter nach der Frühfrühpause die Arbeit nicht wieder auf. Als Panikowski aus gegenüber den Vertretern unseres Zweigvereins die Feuerungszulage zu zahlen sowie auch die rückständigen Beträge nachzusagen sich weigerte, bezogen die Bauarbeiter den Arbeitsschein. Panikowski wurde nun von 33 beteiligten Arbeitern beim Gewerbegericht in Gießhübel auf Zahlung der rückständigen Löhne verklagt. Die Klage wurde zum 24. 8. 16. Nach zweimaliger Verhandlung vor dem Gewerbegericht wurde Panikowski zur Zahlung obiger Summe verurteilt. Als eine der Grundlagen für das Urteil wurde vom Gewerbegericht der § 1 Absatz 3 des Hauptvertrages betrachtet. Ferner wurde ausgeführt, durch das Fehlen des Tariflohnens mit der Feuerungszulage vor allen übrigen Unternehmern, gleichviel, welche Bauarbeit sie ausführen, sei der geforderte Lohn ordentlich geworden. Außerdem wurde ein Unternehmer als Sachverständiger gezogen, der befandete, daß nach der neuen Vereinbarung für das Baugeschäft für alle Bauarbeiten der Lohn zu zahlen sei.

Vorsicht vor einem Schwindler.

Am 2. und 3. Juli verfuhr ein Schwindler in Neuzapfen während der Abwesenheit des Kassierers bei dessen Frau die Verbandskasse zu revidieren. Er gab an, von Berlin aus gefandt zu sein und legitimierte sich durch eine braugraue Karte mit schwarzem Rand und darauf befindlichem Namen: „Willi Schmidt, Berlin, Neuzapfen“. Der Schwindler von mittlerer Gestalt, er trug einen dunkelbraunen Lederjacket, weißen Strohhut, braune Glacehandschuhe und schwarzen Regenmantel. Sollte dieser Schwindler in einem Zweigverein daselbst Mandat bekleiden, dann wolle man ihn unbedingt der Überwachungsbehörde zur Befestigung seiner Verantwortlichkeit übergeben und unter seiner Begleitleistung darüber eine Nachricht unterbreiten lassen.

Organisierung der Kriegsteilnehmer.

Die bis jetzt veröffentlichten Beiträge zu dieser Frage waren schon bei uns eingegangen, noch ehe wir mit der Veröffentlichung der Beiträge begonnen hatten. Sie sind also eine völlig unbefangene Stellungnahme zu dem Artikel Darf. Wir haben das deshalb hervor, weil es angeht die Kriegsteilnehmer der Gründe, die von den meisten Einheimern gegen die Kriegsteilnehmerorganisationen angeführt werden, sehr interessant ist. Die weiter folgenden Veröffentlichungen nehmen teilweise schon Bezug auf andere, bereits veröffentlichte Einblendungen.

Die Redaktion.

Arbeitslosigkeit in den Deutschen Bauarbeiterverbänden.

Der Bericht erstatt von 809 Zweigvereinen 802 mit 79.182 Mitgliedern, von denen 51 oder 6,4% vom Hundert 0,06 arbeitslos waren, gegenüber 82 oder 0,08 vom Hundert am 31. März vorher. Die Arbeitslosigkeit verringerte sich somit noch weiter. 11 Bezirke hatten keine Arbeitslosen. 21 Arbeitslose oder vom Hundert der Mitglieder 0,03 empfangen Arbeitslosenunterstützung, in der Woche 31 oder von je hundert Mitgliedern 0,4. Somit trat im Vergleich zum vorigen Berichtungszeitraum auch hier wieder eine Abnahme ein.

Ergebnis der Feststellung vom 9. Juli.

Bezirk	Zahl der Zweigvereine	Zahl der arbeitslos	In den Bezirken		In den Bezirken		Insgesamt
			in den Bezirken	in den Bezirken	in den Bezirken	in den Bezirken	
1. Königsberg	21	2199	—	—	—	—	—
2. Bromberg	38	33	1468	—	—	—	—
3. Göttingen	56	21	1367	—	—	—	—
4. Breslau	55	55	8366	3	1	3	1
5. Berlin	75	75	8706	7	3	1	20
6. Magdeburg	83	83	7911	—	—	—	—
7. Erfurt	49	49	2127	—	—	—	—
8. Frankfurt	15	15	6539	—	—	—	—
9. Gießen	4	4	6509	1	2	—	2
10. Dortmund	17	17	2214	—	—	—	—
11. Hannover	45	45	2916	—	—	—	—
12. Bremen	29	29	2516	—	—	—	—
13. Hamburg	78	78	5085	3	—	—	3
14. Düsseldorf	62	62	1827	1	1	2	3
15. Dresden	16	16	7104	—	—	—	—
16. Leipzig	78	78	8066	—	—	—	—
17. Nürnberg	25	25	2681	2	2	1	3
18. München	87	87	3481	4	7	2	11
19. Stuttgart	9	9	1814	—	—	—	—
20. Karlsruhe	16	16	2730	—	—	—	—
21. Straßburg	6	6	144	—	—	—	—
Zusammen	809	802	79182	21	20	7	30

als Ersatz für Holzplanken im Schiffbau dadurch nachzuweisen, daß er bereits im Jahre zuvor einen Kahn aus Eisenblech in Benutzung genommen hatte. Der Vertreter des neuen Baumaterials im Schiffbau scheint man damals übrigens größere Bedeutung beigelegt zu haben; denn die Marineverwaltung von Toulon sprach sich in ihrem Gutachten vom November 1858 günstig über das neue Schiffbaumaterial aus. Bekanntlich hat man neuerdings infolge der durch den Krieg vermittelten Zunahme mit Hilfe des Eisenbetons verhältnismäßig schnell und billig Schiffe herzustellen versucht. In Neapel sollen zurzeit sogar Seeschiffe dieser Art serienweise erbaut werden. Monier war ein Gärtner, der seine dünnwandigen Alumentel durch die Einführung von Metall widerstandsfähiger machte. Auf diese Weise wurden diese bei uns seitdem erdachte, und wie wir gesehen haben, nicht ganz aufzufindende Ansehen des rühmlichen Jubiläums des Eisenbetons zurückzuführen sein. Das Hauptpatent Moniers, das für den modernen Eisenbeton von Bedeutung wurde, ist der Patentschein, den Monier im Jahre 1875 zu einem im Jahre zuvor gewinnbringend erzielte. Nummer wurde das Eisenbeton in Mitteleuropa einschließlich England ein oft angetroffener Baustoff. Immerhin mußte zu diesem Zweck Moniers Arbeitsweise erheblich verbessert werden. Der französische Erfinder hatte doch im wesentlichen nur die Verfestigung seiner Röhren mit Hilfe von Holzgerüst auf die Artierung des Betons bei Decken, Brücken usw. übertragen. In Deutschland wurde der Eisenbeton zunächst von dem Erbauer der Montepatente, G. A. W. B. H. J. veredelt. Bei den Untersuchungen von Probebelegungen kam der Regierungsbaumeister Baumeister in der Lage, daß bei dem neuen Material dem Eisen die Zugspannung, und dem Beton die Druckspannung durch geeignete Verbindungsweise zu fallen muß. Den theoretischen Untersuchungen folgten in

Deutschland dann bald, namentlich im Jahre 1886, die Anleitungen und Berechnungsformeln für das neue Baumaterial. Die von Monier nun angegebenen Verwendungsarten entsprachen dem Grundgedanken der Materialbeanspruchung; also Beton in der Druckzone, Eisen in der Zugzone allein wirken zu lassen, um so die höchste Materialausnutzung zu erreichen.

Es würde natürlich zu weit führen, weiter eingehend auf die Entwicklung des modernen Eisenbetons an dieser Stelle zu sprechen zu kommen. Die Entwicklung hat ja jeder erlebt und somit beobachten können, wie Eisenbeton sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau immer größere Bedeutung erreicht hat, wie die Herstellungsmethoden immer mehr auf Grund wissenschaftlicher Berechnungen und Untersuchungen veredelt wurden und wie auch den architektonischen Gesichtspunkten nach manchen Angriffen neuerdings in erfreulicher Weise Rechnung getragen worden ist. Doch dabei die Anzeichen über die Zweckmäßigkeit der verschiedenen Eisenbetonführungen noch nicht ganz einheitlich entwickelt sind, braucht nicht tragisch genommen zu werden. So hat man in Deutschland zum Beispiel die Bauern der gewöhnlichen Schiffbauanlagen des Kaiser-Wilhelm-Kanals zwischen Nord- und Ostsee aus Stampfbeton geschaffen, während die Amerikaner bei der Herstellung der Einfassungen der Schleusen des Panamakanals Gubbeton verwendeten. In Deutschland ist man im Laufe der Zeit eher früher auch im Eisenbetonwerk verbleiben „Zweck- und Materialität“ hinausgewandert und sucht in erfreulichen Erfolge die Wirklichkeit und Festigkeitsform des Ingenieurs mit den Schönheitsforderungen des Architekten zu vereinigen. Die erfolgreiche diese Bestrebungen waren, zeigen zahlreiche Bauwerke aus Eisenbeton innerhalb Deutschlands waren.

Weltenfrieden.

Von Otto Erich Hartleben.

Neuer Tag, mit deinem Strahlen
Tote nun die alte Nacht;
Töte sind von ihren Qualen,
Die so schwere Zeit durchwacht!
Ruhe sei der Welt beschienen,
Ruhe von des Kampfes Schmerz;
Denn die Völker wollen Frieden,
Frieden jedes Menschenberg.

Länger nicht mit Blut und Eisen
Fest sich der Menschheit Band;
Liebe soll uns Pfad weisen,
Die wir wandeln Hand in Hand.
Völkerdader sei gemieden,
Rosten soll des Krieges Erz;
Denn die Völker wollen Frieden,
Frieden jedes Menschenberg.

Weltenfriede! Weltenfriede!
Lehst Sie, den wir erschaffen,
Kling, o Kling in unserer Liebe,
Bis wir deine Schönheit sehen.
Bis uns deine Ruh' beschienen,
Lacht uns fingen fernwärts!
Alle Völker wollen Frieden!
Frieden jedes Menschenberg!



